

gewöhnlich für Serbien sind, weshalb der gesellschaftliche Schock darüber sehr groß gewesen sei. Die anfänglich durchweg nur auf die Eindämmung von Gewalt bezogenen Forderungen der Protestierenden hätten sich nach und nach politisiert, so dass auch Kritik an der Regierung und ihrem autoritären Stil laut geworden sei. Dies sei insbesondere durch ein katastrophales Krisen- und Kommunikationsmanagement seitens der serbischen Regierung ausgelöst worden. So habe beispielsweise der später zurückgetretene Bildungsminister die Verwestlichung der Jugend für die ansonsten nur aus dem „Westen“ gekannten Amokläufe verantwortlich gemacht. Darüber hinaus hätten die serbische Regierung sowie die Staatsmedien laut Bieber nicht damit umgehen können, dass sich zivilgesellschaftlicher Protest ohne staatliche Kontrolle geregt habe. Daher hätten sie die Trauermärsche als direkte Kritik und einen Angriff auf die Regierung verstanden und deshalb schon zu Beginn versucht, die Trauermärsche zu diskreditieren und als von der Opposition organisiert darzustellen. Diese Reaktion habe gezeigt, dass die Regierung nicht bereit sei, Unzufriedenheit ernst zu nehmen oder aufzugreifen und führe folglich dazu, dass man irgendwann nur noch in Opposition zur Regierung um die Opfer der Tragödie trauern konnte, so Bieber.

Anstatt die berechtigten Sorgen der Bürger*innen ernst zu nehmen, habe man in Regierungs-

und Medienkreisen damit begonnen, die Teilnehmenden und Organisator*innen der Trauermärsche als Profiteure der Tragödie darzustellen. Diese würden ihre politischen Ziele „auf den Leichen der ermordeten Kinder“ zu erreichen suchen. Beispielsweise fand Präsident Vučić schon nach dem allerersten und zahlenmäßig kleinsten Protestmarsch nur die Worte „Hyänen“ und „Aasgeier“ für die Protestierenden, so *Tomanić*. Aber auch viele andere Regierungsmitglieder hätten sich mit ihren aggressiven Äußerungen in Bezug auf die Proteste einen Fehltritt nach dem anderen geleistet, indem sie durch ihre eigene, gewaltvolle Sprache offenbarten, dass die Kultur der Gewalt in Serbien auch im politischen Diskurs dominiert.

Eine solch perfide, unsensible Propaganda sei auf große Empörung unter den Bürger*innen gestoßen, sodass sich von Mal zu Mal immer mehr Menschen den Trauermärschen angeschlossen hätten und die Forderung nach einem Ende der gewaltverherrlichenden Stimmung im Land durch den Wunsch nach einem Ende der Regierung unter Präsident Vučić und seinem autoritären Regierungsstil ergänzt worden sei und nunmehr bereits mehrere Wochen anhalte.

Die Veranstaltung fand am 1. Juni 2023 statt, die nächste Demonstration der Organisation „Serbien gegen Gewalt“ (Srbija protiv nasilja) war zu diesem Zeitpunkt für den 3. Juni 2023 geplant.

Online-Diskussion

Die Türkei vor den Wahlen – Richtungsentscheidung am Bosphorus?

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Loccum
Online via ZOOM, 10. Mai 2023

Bericht von Wladimir Dirksen, München

Einleitung

Das Jahr 2023, in dem sich die Gründung der Türkischen Republik zum hundertsten Mal jährt, zeigt sich in mehrfacher Hinsicht als Schicksalsjahr für das Land am Bosphorus. Im Februar wurde der Süden der Türkei von einem

Erdbeben riesigen Ausmaßes erschüttert, mit zehntausenden Toten, über 100.000 Verletzten und insgesamt Millionen Betroffenen. Gleichzeitig erlebt das Land eine extreme Inflation, die Regierung verfolgt eine sehr ungewöhnliche Wirtschaftspolitik und sieht sich nach

Jahren erstmals wieder einer vereinten Opposition gegenüber. Vor diesem Hintergrund veranstaltete die Südosteuropa-Gesellschaft in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Loccum wenige Tage vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen eine Podiumsdiskussion um zu analysieren, welche Chancen die konkurrierenden Lager auf einen Wahlsieg haben und was diese Chancen am stärksten beeinflusst, sowie was ein Wahlsieg des Regierungs- oder des Oppositionslagers für die weitere politische Entwicklung der Türkei, ihre Außenpolitik und besonders die Beziehungen zur Europäischen Union bedeuten würde. An der Online-Diskussion nahmen Dr. *Sinem Adar* und Dr. *Jens Bastian* vom Center for Applied Turkey Studies (CATS) an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin sowie Prof. Dr. *Burak Çopur* vom Institut für Turkistik der Universität Duisburg-Essen teil. Die Diskussion moderierte Dr. *Christian Hagemann*, Geschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft in München.

Chancen auf den Wahlsieg

Zur wirtschaftlichen Lage der Türkei führte *Jens Bastian* aus, dass sie einen wesentlichen Faktor für den Zulauf darstelle, den die Opposition gerade erfahre. Oppositionsführer Kemal Kılıçdaroğlu würde die wirtschaftlichen Sorgen der einfachen Bevölkerung im Wahlkampf, gerade im Hinblick auf die hohe Inflation im Land, besser wahrnehmen als der amtierende Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Letzterer würde laut Bastian versuchen, die Gunst der Bevölkerung mithilfe von Wahlgeschenken zu gewinnen. Beispielsweise habe Erdoğan für über 700.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst eine 45-prozentige Lohnerhöhung angekündigt. Darüber hinaus habe Erdoğan versprochen, das Renteneintrittsalter herabsetzen und den Mindestlohn anheben zu wollen. Vor dem Hintergrund der wirtschaftspolitischen Herausforderung des Wiederaufbaus nach dem verheerenden Erdbeben im Land sowie der ohnehin angespannten Wirtschaftslage würden solche Wahlgeschenke den Staatshaushalt zusätzlich belasten. Dass sich derlei Ankündigungen Erdoğan positiv auf das Abschneiden der AKP bei den Wahlen auswirken werden, bezweifelte Bastian hingegen stark.

Sinem Adar wies darauf hin, dass – neben der verschärfenden Wirtschaftskrise – die weit ver-

breitete Korruption, die Beschränkung der Bürgerrechte und der stark polarisierte politische Diskurs in großen Teilen der Bevölkerung einen starken Wunsch nach Veränderung ausgelöst hätten. Insbesondere die jüngere Generation, die unter der Regierungspartei Erdoğan, der Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP) aufgewachsen ist, würde sich angesichts der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt nach einem Regierungswechsel sehnen. Auffällig sei, dass es auch in religiösen Kreisen der türkischen Gesellschaft, welche die Wählerbasis der AKP bilden, einen wachsenden Widerstand gebe. Der Beschluss zum Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt im Jahr 2021 sowie die zunehmende Kooperation der AKP mit islamistischen Parteien hätten insbesondere unter den Frauen des Landes zu Frustration geführt.

Auch die große kurdische Minderheit in der Türkei würde geschlossen das Oppositionsbündnis hinter Kılıçdaroğlu unterstützen, so *Adar*. Tatsächlich könnte es dazu kommen, dass der Stimmenanteil für Kılıçdaroğlu in kurdischen Städten am größten werde. Die kurdischen Stimmen im Land seien der ausschlaggebende Faktor für eine Mehrheit bei dieser Wahl, so *Adar*. Die Unterstützung der kurdischen Partei Halkların Demokratik Partisi (HDP) für Kılıçdaroğlu und das Oppositionsbündnis führe dazu, dass die HDP bei dieser Wahl zur „Königsmacherin“ werde. Jedoch würde die HDP, trotz ihres ausschlaggebenden Faktors, im Falle eines Sieges Kılıçdaroğlus nicht Teil der Regierungskoalition werden, da die kemalistisch-nationalistische Oppositions-Partei İy Parti eine Aufnahme der HDP in die Regierung nicht zustimmen würde.

Zum Wahlverhalten der türkischen Staatsbürger*innen in Deutschland gefragt, fasste *Adar* zusammen, dass die Wahlbeteiligung im Vergleich zur letzten Wahl von 45 Prozent auf 48 Prozent angestiegen ist. Überraschend sei gewesen, dass die türkische Opposition bei den Wähler*innen in Deutschland wesentlich aktiver Wahlkampf betrieben habe als bei früheren Wahlen. Außerdem sei der Wahlkampf der AKP in Deutschland weniger öffentlich und konfrontativ abgelaufen als erwartet. Dies würde damit zusammenhängen, dass die Regierungen der EU in Bezug auf Wahlkampfveranstaltungen der AKP in ihren Ländern strikter geworden sind.

Anhänger der AKP und Erdoğan's in Deutschland unterschied *Adar* in drei Gruppen: zum einen die religiös-motivierten Wähler*innen, welche schlicht Sorge um den Verlust von Einfluss hätten, sollte die konservativ-islamische AKP abgewählt werden. Bei der zweiten Gruppe, den älteren Wähler*innen, hänge die Unterstützung vor allem mit ökonomischen Aspekten zusammen. Bei ihren Besuchen in der Türkei würden die älteren Wähler*innen sehen, dass das Land sich unter Präsident Erdoğan wirtschaftlich sehr positiv entwickelt habe, und würden ihm dies hoch anrechnen. Unter der dritten Gruppe, den jüngeren Wähler*innen, die in Deutschland aufgewachsen sind und deshalb den wirtschaftlichen Aufstieg der Türkei nicht aus eigener Erfahrung kennen, habe die Unterstützung Erdoğan's vielmehr emotionale Gründe. Sie würden sich laut *Adar* in Deutschland ausgegrenzt fühlen und fänden in Präsident Erdoğan eine charismatische Persönlichkeit, die dieses Gefühl kompensieren und identitätsstiftend wirken könne.

Çopur unterstützte die Ausführungen *Adar's* und ergänzte, dass die Wahlen in der Türkei für die türkische Diaspora in Deutschland immer auch als eine Abstimmung über Deutschland angesehen werden können. Erdoğan würde die Tatsache, dass türkischstämmige Migrant*innen sich diskriminiert fühlten, geschickt ausnutzen, indem er sich als ihr Retter und Beschützer inszeniere, so *Çopur*.

Folgen des Wahlsiegs

In Bezug auf den möglichen Ausgang der Wahlen äußerte *Çopur* die Sorge, dass der Türkei im Falle einer Stichwahl wirtschaftlich und innenpolitisch unsichere Zeiten bevorstehen könnten. Für den Fall eines Wahlsiegs Kılıçdaroğlus betonte *Çopur*, dass dieser möglichst deutlich ausfallen müsse. Je deutlicher ein möglicher Sieg der Opposition, desto wahrscheinlicher sei ein politischer Richtungswechsel – weg von der Autokratie und hin zu einer Demokratisierung der Türkei. Sollte ein Wahlsieg Kılıçdaroğlus jedoch nur sehr knapp ausfallen, steige die Wahrscheinlichkeit dafür, dass die AKP und Erdoğan das Wahlergebnis nicht anerkennen und die Macht nicht abgeben würden. Ein solches Szenario würde zu einer noch stärkeren autokratischen Entwicklung des Landes führen. Erdoğan habe laut *Çopur* in den letzten zwanzig Jahren an der Spitze des Landes

nicht nur eine bedrohliche Machtfülle, sondern laut den Enthüllungen von Journalist*innen auch ein milliardenschweres Vermögen angehäuft. Eine mögliche Machtübernahme der Opposition im Land würde also auch für Erdoğan persönlich eine große Gefahr darstellen, die er mit allen Mitteln zu verhindern suche.

Insgesamt könne man sich laut *Çopur* im Falle eines Sieges der Opposition auf eine langwierige Re-Demokratisierung der Türkei einstellen. Beispielsweise sei das Justizsystem der Türkei durch Jahrzehnte der Korruption dermaßen aufgeweicht, dass es eines „Nation-Building“ Prozesses bedarf, um die Rechtsstaatlichkeit des Landes wiederherzustellen. Der Zustand einiger Regierungsbehörden der Türkei sei mittlerweile so desolat, dass sich maföse Strukturen innerhalb staatlicher Institutionen ausgebreitet und etabliert hätten, so *Çopur*.

Bei einem Sieg der Opposition erwartet *Çopur* zudem eine Normalisierung der türkischen Außenpolitik und einen wirtschaftlichen Aufschwung, welcher nur auf Basis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und dem damit einhergehenden Investitionszufluss aus dem Ausland erfolgreich sein kann. Die kemalistisch-sozialdemokratische Partei Cumhuriyet Halk Partisi (CHP), deren Vorsitz Kılıçdaroğlu innehat, würde nach Einschätzung *Çopur's* in ihrer Tradition als Gründungspartei der Türkischen Republik unter Mustafa Kemal Atatürk eine säkulare und ideologisch pro-westliche, europäische Politik verfolgen.

Ein zentrales Thema im türkischen Wahlkampf sei zudem die Migrationspolitik gewesen. Kılıçdaroğlu würde laut *Çopur* versuchen, die Unzufriedenheit mit der Flüchtlingspolitik des Landes für sich zu nutzen, indem er verspreche, gemeinsam mit dem syrischen Präsidenten Baschar Hafiz al-Assad einen Plan für die Rückführung syrischer Geflüchteter aus der Türkei nach Syrien auszuhandeln. Kılıçdaroğlus Ankündigung, die Flüchtlingsfrage im Land schnell und entschieden lösen zu wollen, hält *Çopur* jedoch für unrealistisch und weltfremd.

Adar sieht in dieser Frage keinen großen Unterschied zwischen den Ansätzen der AKP und des Oppositionsbündnisses. In beiden Fällen werde eine Externalisierung der Belastung, eine bessere

Sicherung der Grenzen und eine langfristige Rückführung der syrischen Geflüchteten angestrebt. Eine von der Opposition geführte Regierung würde laut Adar höchstwahrscheinlich das 2016 mit der EU geschlossene Migrationsabkommen neu verhandeln. Innerhalb der demokratischen und pro-europäischen Teile der Gesellschaft werde dieses Abkommen sehr kritisch gesehen. Große Teile der Bevölkerung seien der Meinung, dass die Türkei durch das Abkommen in ein Flüchtlingslager verwandelt würde. Daher stünden der EU im Falle eines Wahlsiegs Kiliçdaroğlus schwierige Verhandlungen in Bezug auf das Migrationsabkommen bevor. Jedoch, so betonte Adar, würde eine türkische Regierung unter Kiliçdaroğlu „in gutem Glauben“ handeln. Kiliçdaroğlu würde die Geflüchteten im Gegensatz zu Erdoğan nicht instrumentalisieren, sondern mit Würde behandeln. Abschließend erklärte Adar, sie teile Çopurs Einschätzung, dass eine massenhafte Rückführung Geflüchteter nach Syrien nicht realistisch sei. Insgesamt werde die künftige Migrationspolitik der Türkei – ungeachtet dessen, wer die nächste Regierung stellen wird – auf eine Mischung aus Rückführung und Integration der Migrant*innen hinauslaufen, wofür die Türkei die Hilfe der EU brauchen werde.

Moderator *Hagemann* stellte abschließend die Frage, was Deutschland und die EU im Falle ei-

nes Sieges Kiliçdaroğlus tun sollten. *Jens Bastian* betonte, dass in diesem Fall eine überschwängliche Reaktion unangebracht wäre. Der Tonfall sei sehr wichtig, um auch dem Verlierer der Wahl den nötigen Respekt entgegenzubringen. In Bezug auf eine neue Regierung unter Kiliçdaroğlu sollte es vonseiten der EU und Deutschlands, beispielsweise als Reaktion auf eine mögliche Freilassung inhaftierter politischer Gefangener, Gesten des guten Willens und eine Intensivierung der Zusammenarbeit geben. *Adar* pflichtete *Bastian* in diesen Punkten bei und ergänzte, dass die EU mittelfristig eine Strategie für eine neue europäische Sicherheitsordnung ausarbeiten sollte, bei der die Türkei besser mit einbezogen werden müsse. *Çopur* dämpfte im Falle eines Wahlsiegs Kiliçdaroğlus angesichts der politischen Verhältnisse innerhalb der EU die Erwartungen an ein baldiges Umschwenken der EU in Bezug auf eine mögliche Beitrittsperspektive der Türkei. Jedoch würde er sich eine neue, langfristige Position der EU gegenüber der Türkei wünschen. Hierbei sollte Deutschland als ökonomisches Schwergewicht und Heimat der größten türkischen Diaspora in der EU laut *Çopur* eine Führungs- und Vermittlerrolle einnehmen.

Podiumsdiskussion

Geopolitische Entwicklungstendenzen auf dem Balkan Vorstellung einer Studie

**Veranstalter: Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) und Südosteuropa-Gesellschaft (SOG)
München, 27. April 2023**

Bericht von Armin Höller, München

Durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist auch die Rolle des Balkans wieder in den Fokus der EU geraten. Das geopolitische Gewicht und die strategische Bedeutung dieser Region wurden in einer von der Hanns-Seidel-Stiftung geförderten Studie beleuchtet. Die Ergebnisse dieser Studie wurden im Rahmen einer Podiumsdiskussion diskutiert, die in Kooperation mit der Südosteuropa-Gesellschaft stattfand.

Sicherheit und Stabilität für Europa gewährleisten

Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine steht die europäische und atlantische Sicherheitsarchitektur vor immensen Herausforderungen. Die Konfrontation mit Russlands geopolitischen Ambitionen und die Notwendigkeit, wieder Sicherheit und Stabilität für Europa zu erreichen, bleibt auf absehbare